

BLICKPUNKT

Kommunales Mitteilungsblatt der DKP Heidenheim
V.i.S.d.P DKP Heidenheim Wilhelm Benz

BLICKPUNKT Nr. 04

Dezember 2012

Jahrgang 41

Kommunale Initiative der DKP Heidenheim

Stadtwerke Heidenheim demokratisieren

Mehr Demokratie, Kontrolle und Mitbestimmung

Zur Daseinsvorsorge zählen alle jene Güter und Dienstleistungen, an deren Angebot ein besonderes öffentliches Interesse besteht. Kommunalunternehmen müssen bürgerbestimmt und bürgerorientiert sein.

Kommunale Selbstbestimmung, demokratische Kontrolle und Transparenz sowie die Übernahme von Aufgaben durch die öffentliche Hand sind wichtige Voraussetzungen für öffentliche und demokratische Entscheidungen.

Kommunale Unternehmen stehen nicht unter Profiterwartungen wie eine Aktiengesellschaft. Kommunale Unternehmen arbeiten aufwandsdeckend, was nicht ausschließt, dass sie Gewinne machen. Entscheidend ist jedoch, dass es transparente Entscheidungen gibt, wie die Gewinne verwendet werden. Gerade bei der Versorgung mit Strom, Gas, Wasser und Wärme, den Grundprodukten der Daseinsvorsorge, ist die totale Transparenz, verbunden mit demokratischen Entscheidungen, eine zu-

kunftsweisende kommunale Unternehmensverpflichtung.

Die gegenwärtige Entwicklung zeigt, dass mit der Energiewende immer mehr Kommunen neue



Schritte zu offenen und demokratischen Unternehmensformen gehen. Wir von der DKP meinen, dass es sich auch für Heidenheim lohnt, für die Stadtwerke Heidenheim AG eine transparente und demokratische Alternative zu schaffen.

Mit der Energiewende hin zu mehr regenerativen Energien und kommunaler Transparenz.



Gemeinderäte haben nichts zu melden

OB Bernhard Ilg und die vom Gemeinderat in den Aufsichtsrat der Stadtwerke AG delegierten Gemeinderäte - OB Ilg, AR-Vorsitzender (CDU), Domberg AR-Stellv.-Vorsitzender (SPD), weitere Mitglieder, Stadtkämmerer der Stadt Heidenheim Zeeb (CDU) Skwara (CDU), Neidlein (SPD) Sautter (B90/Grüne)

Grath U. (Fr.Wähler) und Mack (Die Linke/DKP) - haben im Sinne und Interesse der privaten Haushalte in Heidenheim und darüber hinaus nichts zu melden.

Denn, ihr Aufgabenbereich ist festgelegt:

Der Aufsichtsrat einer Aktiengesellschaft hat gem. § 95 ff. AktG im Wesentlichen die folgenden Aufgaben:

»Ein Aufsichtsratsmandat ist ein persönliches Mandat und nicht an Dritte übertragbar. Jeder Aufsichtsrat vertritt in seiner Funktion die Interessen des Unternehmens und hat diesbezüglich eine Förderungspflicht zur Erreichung der Unternehmensziele und eine entsprechende Mitwirkungspflicht. Er ist gegenüber

Dritten zur Verschwiegenheit verpflichtet.

Gemeinderäte scheinen sich nur nach Außen hin in Gemeindertassitzungen mit Live-Streams zur Selbstdarstellung gegenüber der Öffentlichkeit verpflichtet. Wenn es um demokratische Rechte um Mitbestimmung und Kontrolle der Öffentlichkeit über ihre Tätigkeit und Rechenschaftslegung für ihrer Arbeit geht verschanzen sie sich hinter dem Aktienrecht. Dieser Zustand muss im Sinne für mehr Transparenz geändert werden.

Armutsbericht umgefälscht

Dass der Bericht einfach gefälscht wurde, überrascht nicht wirklich. Schon gleich nach Bekanntwerden der ersten Fassung ließ der Bundeswirtschaftsminister Philipp Rösler wissen, dass der Bericht nicht "der Meinung der Bundesregierung" entspreche, weil der Bericht ein Plädoyer für neue Steuererhöhungen sei. Und so wurde die Wahrheit einmal mehr im Interesse der Herrschenden vergewaltigt.

Der Armutsbericht ist nur das jüngste Beispiel aus der Fälscherwerkstatt der Regierung. Was nicht passt, wird gestrichen oder passend gemacht: Befunde wie "Die Privatvermögen in Deutschland sind sehr ungleich verteilt" sind im neuen Armutsbericht nicht mehr enthalten. Zunächst gemachte Feststellungen zur Lohnentwicklung fehlen. Jetzt erfährt man auch nicht mehr, dass die Einkommensspreizung zugenommen hat und damit "das Gerechtigkeitsempfinden der Bevölkerung" verletzt werde. Statt dessen liest man jetzt, dass diese Entwicklung "den gesellschaftlichen Zusammenhalt gefährden" und - man staune - die sinkenden Reallöhne "Ausdruck struktureller Verbesserungen" am Arbeitsmarkt

sein, da zwischen 2007 und 2011 im unteren Lohnbereich viele neue Vollzeitjobs entstanden seien, durch die Erwerbslose eine Arbeit bekommen hätten. Der Satz "Allerdings arbeiteten im Jahr 2010 in Deutschland knapp über vier Millionen Menschen für einen Bruttostundenlohn von unter sieben Euro." wurde gestrichen.

In der Urfassung hieß es noch, dass manchen Alleinstehenden mit Vollzeitjob der Stundenlohn nicht zur Sicherung des Lebensunterhalts reiche. Weichgespült heißt es jetzt, dass dies die Armutsrisiken verschärfe, den sozialen Zusammenhalt schwäche und diese Entwicklung "kritisch zu sehen" sei. Des Betrugs ertappt, zeigt die Regierung dennoch keine Reue sondern singt mit Pippi Langstrumpf, allerdings das Volk verhöhrend: "Zwei mal drei macht vier, widewidewitt und drei macht neune, ich mach mir die Welt, widewidewie wie sie mir gefällt".

Auszug aus UZ Nr.49

Ein von der DKP Heidenheim wiederholt beantragter Armutsbericht für Stadt und Kreis Heidenheim, wird von der Stadt- und Landkreisverwaltung konsequent verweigert



Beim Stühlerücken und Pöstchen-Schacher

Machtkampf in der CDU? so titelte die HZ am 21.11.2012. Die Mappus-Spätzle-Connection hat ihre Mehrheit mit der Landtagswahl 2011 verloren. Heute kommen die Auswirkungen des Machtverlustes auch in Heiden-



Noch strahlen sie alle beim Jahresempfang der CDU 2009 mit Bankerberater Dr. Notheis

heim an. Mappus ist weg, sein Bankerberater von der Morgan Stanley AG sitzt auf dem Trockenen. Das Personalkarussell wird von Unten aufgerollt. Hitzler der Alt-Schultes aus Dischingen muss weg. Platz braucht der CDU-Gemeinderats Fraktionsvorsitzende Wiedmann, noch bei Kretschmann im Staatsministerium. Machtverlust ist Pöstchenverlust. Aber wohin mit den Politpromis vom Land. Noch gibt sich MdL Hitzler selbstbewusst und kämpferisch: „Mein Mandat ist ein freies Mandat, mich kann niemand zwingen aufzuhören“. So recht so gut. Ob aber die obersten Mandatstäger der CDU Heidenheim um Dr. Inge Gräßle EU-Abgeordnete, MdB R. Kiesewetter, und CDU-OB Ilg sich dieser Hitzler-Linie zugeneigt fühlen ist eher unwahrscheinlich. Hitzler wird der CDU-Heidenheim nicht im Wege stehen können, wenn es darum geht einem Newkommer aus dem Staatsministerium noch vor den Landtagswahlen 2016 zu ein Mandat im Landtag zu verhelfen.



Die Haushaltsanträge der DKP Heidenheim

Bezahlbare Wohnungen

In ganz Deutschland fehlen laut einer Studie des Pestel-Instituts aktuell 4 Millionen Sozialwohnungen. Im Schnitt verschwinden auf dem Wohnungsmarkt pro Jahr 100 000 solcher Wohnungen. In Baden-Württemberg verringerte sich die Zahl der Sozialwohnungen auf 65 000.

Allein um den aktuellen Bestand von 1,6 Millionen Sozialwohnungen zu halten, müssten jährlich 130 000 neue Wohneinheiten entstehen. Dafür sollten aber Bund und Länder mindestens 10 Milliarden Euro bereitstellen. Tatsächlich sind es aber gerade mal

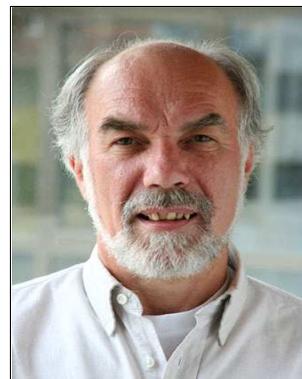
1Milliarde Euro, die in den Wohnungsbau investiert werden.

Das Risiko, in Armut zu leben, steigt. Immer mehr Menschen können daher ihre Miete nicht mehr bezahlen.

Für die Heidenheimer DKP ist das ein wesentlicher Grund sich für einen sozialen Wohnungsbau unter städtischer Regie stark zu machen. Herkömmliche Wohnungsunternehmen, wie z.B. die Gagfah, haben auf dem Wohnungsmarkt total versagt. Sie wollen nur den höchsten Gewinn heraus holen. Die DKP aber sagt: Wohnen ist ein Menschenrecht! Jeder hat

ein Recht auf bezahlbaren und menschenwürdigen Wohnraum. Das aber wollen und können die großen Wohnungskonzerne nicht erfüllen.

Die DKP und ihr Stadtrat Reinhard Püschel stellten daher den Antrag,



DKP Stadtrat Reinhard Püschel

(Fortsetzung auf Seite 3)

(Fortsetzung von Seite 2)

dass die Stadtverwaltung einen eigenen kommunalen Wohnungsbau betreibt, auch mit dem Ziel, die Mieten in Grenzen zu halten. Stadtrat Püschel verwies in seinem Antrag darauf, dass die Stadt ja rund 5 Millionen Euro aus dem Verkauf der GBH an die Gagfah als Rücklage gebildet habe, um entsprechend in die Mietpolitik eingreifen zu können. Das wäre nach Meinung von Püschel,



**Klein Zürich - Abriss 2006
Heute Spekulationsfläche der Gagfah**

heute der Fall. Als mögliche Standorte für einen eigenständigen Wohnungsbau schlug er in seinem Antrag das Baugebiet „Im Führsamem“ und die brachliegende Fläche im ehemaligen „Klein Zürich“ vor. Hier könnte die Stadt bezahlbare Sozialwohnungen bauen.

Der Gemeinderat hat diesen DKP-Antrag aber auf Vorschlag der Stadtverwaltung abgelehnt.



Quiz-Frage:

Wohnen ist ein Menschenrecht ein Grundbedürfnis!

Warum wird der soziale Mietwohnungsbau nicht als Kernaufgabe von der Stadt Heidenheim betrieben?

makler, Aktionäre und Wohnraumbetreiber realisieren lassen.

Weil sich mit einem Grundbedürfnis von Menschen, der Mieter nämlich, gewaltige Profite für Immobilien-

Antwort:

Bürgerrecht wurde abgeschafft

Mancher Heidenheimer kann sich sicherlich noch erinnern, dass es ihm möglich war zu den städtischen Haushaltsberatungen einen eigenen Antrag zu stellen. Da war der § 81 GemO, der jedem das Recht einräumte, zum Haushaltsentwurf konkret Stellung zu beziehen und Einwände zu formulieren. Über die fristgemäß erhobenen Einwendungen musste dann der Gemeinderat in öffentlicher Sitzung diskutieren und beschließen. Dieses Recht war einmalig, denn zu keinem Zeitpunkt und zu keinen anderen Themen hatten die Bürger und Bürgerinnen der Stadt überhaupt Gelegenheit Einwände zu formulieren. Dieses wichtige demokratische Bürgerrecht wurde durch die Baden-Württembergische CDU/FDP geführte Landesregierung unter Mappus im Jahr 2005 abgeschafft. Obwohl die neue Grüne/SPD-Landesregierung mehr demokratische Rechte versprach, hat sich bis heute nicht viel getan. Auch ein Schreiben der DKP-Heidenheim an die zuständigen Landesstellen wurde nur ungenügend beantwortet.

Jetzt hat DKP-Stadtrat Reinhard Püschel einen Antrag an den Gemeinderat gestellt, den Bürgern und Bürgerinnen das alte, demokratische Recht zurückzugeben: Die Stadtverwaltung solle alle rechtlichen Voraussetzungen prüfen, den § 81 GemO im Rahmen ihrer eigenen Zuständigkeit örtlich neu zu fassen, zu prüfen inwieweit die Hauptsatzung oder die Geschäftsordnung des Gemeinderats dazu geeignet erscheint und inwieweit eine gesonderte Satzung dafür notwendig ist.

Die Stadtverwaltung schlägt dem Gemeinderat vor, den Antrag der DKP abzulehnen.



Kindergarten St. Hedwig muss bleiben

Ab dem 1. August 2013 gibt es einen Rechtsanspruch auf ein Betreuungsangebot für Kinder unter drei Jahren. Als Richtschnur führt der Gesetzgeber eine Quote von 34 Prozent an. Schon heute ist klar, die leeren Kassen der Kommunen und fehlende Erzieher und Erzieherinnen erschweren den Ausbau der Kinderbetreuung. Nach Schätzungen des Kultusministeriums fehlen allein im Südwesten rund 20 000 Kita- und Tagesplätze. Um wie geplant für 780 000 der unter Dreijährigen ein Betreuungsangebot zu haben, müsste der Zuwachs jetzt stärker ausfallen als in den letzten vier Jahren zusammen, meint das Statistische Bundesamt in Berlin. Eine Klagewelle seitens der Eltern ist zu befürchten. Nun will die Stadt Ende 2013 mit dem Bau einer neuen Kindertageseinrichtung auf dem Ploucquet-Areal beginnen. Dafür soll aber der Kindergarten St.-Hedwig an der Walther-Wolf-Straße dicht gemacht werden. Derzeit sind dort rund 35 Kinder untergebracht. Damit es nicht dazu kommt, dass Eltern für ihre Kleinen keinen Kita-Platz finden, darf der Kindergarten St.-Hedwig nicht geschlossen werden meint DKP-Stadtrat Reinhard Püschel und beantragte den Erhalt und die Sanierung des Kindergartens. Diesen Antrag hat der Gemeinderat auf Empfehlung der Stadtverwaltung abgelehnt.



Gewerbsteuer erhöhen

Die allermeisten Kommunen stecken immer noch in einer schwierigen finanziellen Lage. Viele wichtige Aufgaben können sie daher nicht bewerkstelligen. Damit sich die Situation der Kommunen verbessern kann, müssen sich alle an der Finanzierung beteiligen. Sollen dabei immer nur die Bürger und Bürgerinnen mit Gebührenerhöhungen belastet werden? Nein – meint die DKP! Auch die großen Konzerne wie z. B. Voith oder Hartmann müssen ihren Beitrag zur Verbesserung der finanziellen Situation der Kommunen leisten. Immerhin haben die großen Industrie- und Gewerbebetriebe in den letzten Jahren laut ihrer Geschäftsberichte gute Ergebnisse und auch Gewinne erzielen können.

Deshalb schlägt die DKP vor, die Gewerbsteuer für große Firmen zu erhöhen.

Die Stadtverwaltung schlägt nun dem Gemeinderat vor, den DKP-Antrag abzulehnen.



Mitteilungen, Meldungen u. Informationen

Am 19.12.2012 jährt sich die Ermordung der drei jugendlichen Spätaussiedler Viktor, Waldemar und Alexander durch den Neonazi Leonhard S. vor 9 Jahren.

Diese Tat reiht sich ein in eine Serie rechter Gewalt, die seit bekannt werden der NSU-Morde alle demokratischen und humanistischen Menschen in unserem Lande aufgeschreckt haben. Nazi-Strukturen und faschistische Verbrechen bleiben bis heute in der breiten Öffentlichkeit größtenteils ein blinder Fleck. Mit der Enttarnung der Zwickauer Neonazizelle ist nun nicht nur der Rechtsterrorismus plötzlich in aller Munde, auch die Verstrickungen



Erinnern - Widerstand

staatlicher Behörden wie des Verfassungsschutzes werden öffentlich skandalisiert.

Dass antifaschistische Gruppen seit Jahren vor der braunen Bedrohung warnen und auch vor deren offen terroristischen Potentials, immer wieder dokumentieren, wird hierbei von den offiziellen Stellen unter den Teppich gekehrt und Dokumente zur Aufklärung werden von den amtlichen Dienststellen geschrettert. Zugleich wird die Kriminalisierung von Antifa-Gruppen mit einem juristischen und polizeilichen Eifer betrieben, wie er bei der Verfolgung rechtsradikaler Strukturen nicht ansatzweise erkennbar ist. Der Skandal um den Verfassungsschutz und seine V-Leute belegt vielmehr, wie bei der informellen Zusammenarbeit von Behörden und Neonazis jegliche Distanz verloren geht.

Was für Antifaschistinnen und Antifaschisten schon lange klar ist, erreicht nach und nach auch bürgerliche Medien: Der Verfassungsschutz ist mit seiner intransparenten und autoritären Struktur nicht Teil der Lösung, sondern Teil des Problems. Wir erinnern an die Morde vor der Diskothek K2 und stellen aber gleichzeitig fest: Faschismus ist keine Meinung sondern ein Verbrechen und rufen auf gegen Faschismus, Ausländerfeindlichkeit und Rechtsradikalismus Widerstand zu entwickeln.

Leonhard S. hat sich 26-jährig im August 2012 das Leben genommen.



Solidarität mit dem sozialistischen Kuba!

Die durch den Hurrikan „Sandy“ verursachten Schäden in Kuba haben sich als erheblich größer erwiesen, als zuerst abgeschätzt. Es wurden über 200 000 Gebäude beschädigt oder zerstört. Der Schaden an den elektrischen Leitungen und Elektrizitätswerken ist enorm. Große landwirtschaftliche Anbauflächen der Region sind verwüstet. Mindestens 100 000 Hektar landwirtschaftliche Fläche wurden laut UN-Angaben beschädigt. Die Schäden belaufen sich in den betroffenen Gebieten auf etwa zwei Mrd. US-Dollar.

Auf dem Solidaritätskonto der DKP sind inzwischen ca. 13.750 Euro Spenden mit dem Stichwort „Hurrikan-Hilfe“ eingegangen. Diese Spenden werden umgehend an die zuständigen kubanischen Stellen weitergeleitet.

Das Kuba-Solidaritätskonto der DKP:

DKP Parteivorstand
Konto Nr.: 253 525 502
Postbank Köln
BLZ 370 100 50
Stichwort: Hurrikan-Hilfe



Naziterror

Das Bundeskriminalamt hat vor rechtsextremen Gewalttaten bis hin zu Tötungen gewarnt. Die rechtsextreme Szene verfüge über eine nicht unerhebliche Anzahl von Waffen und Munition. In Berlin und Brandenburg ist es bereits zu einer regelrechten Anschlagsserie auf Partei-, Abgeordneten- und Organisationsbüros, sowie auf Jugendhäuser und Wohnungen von politisch engagierten Menschen gekommen. Überfälle und Anschläge auf Büros von Abgeordneten und Politikern gehören in vielen deutschen Städten zum Alltag, berichtete die taz. Ebenso würden antifaschistisch Engagierte angegriffen. Im 1. Halbjahr 2012 haben Rechtsextremisten bundesweit mehr als 8.000 Straftaten begangen; 400 mehr als im Vorjahreszeitraum; darunter 354 Gewalttaten.

Im Untergrund

110 Neonazis befinden sich trotz Haftbefehl auf freiem Fuß. Sie sind untergetaucht, befinden sich im Untergrund und waren bislang nicht aufzufinden. Das geht aus einer Aufstellung des BKA hervor.

Bleibt geheim

Ob der frühere Chef des deutschen Ku-Klux-Klan (KKK), Achim S., als V-Mann zugleich Mitarbeiter des Verfassungsschutzes war, diese Frage darf laut der baden-württembergischen Landesverfassungsschutzamts-Präsidentin Beate Bube nicht beantwortet werden, das würde sonst den Straftatbestand des Geheimnisverrats erfüllen. Die Identität von V-Leuten müsse geschützt werden.



Faschismus ist keine Meinung - sondern ein Verbrechen